

GR. Mag. Gerhard SPATH

17.02.2005

A N T R A G

Betr.: Verlegung des Bauernmarktes Graz St. Peter

Seit 15 Jahren erfreut sich der St. Peter Bauernmarkt am St. Peter Pfarrweg größter Beliebtheit. Als Nahversorgerzentrum für die großen Siedlungsgebiete in St. Peter und Waltendorf schätzt die Bevölkerung diese Einrichtung. Der Feinkostladen erster Güte ist bei Jung und Alt sehr beliebt und wird sehr gut angenommen.

Der Grazer Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 16. Mai 1990 beschlossen, eine 315 m² große Teilfläche vor dem städtischen Objekt St. Peter Pfarrweg 35 zur Nutzung für die Abhaltung eines Bauernmarktes zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang wurde damals auch diese 315 m² große Teilfläche staubfrei gemacht und mit Asphalt befestigt.

9 Jahre dauerte das Provisorium ehe 1999 der Grazer Gemeinderat den Beschickern und den Kunden die lang ersehnte Standortgarantie erteilte.

Aufgrund des bevorstehenden Baus der Straßenbahnlinie 6 wurde bereits mit der Sanierung des Gebäudes St. Peter Pfarrweg 35 begonnen. Aus diesem Grund muss auch der Bauernmarkt in Richtung Osten (nach hinten) verlegt werden. Um einen ungestörten Betrieb des Bauernmarktes gewährleisten zu können, ist es dringend notwendig, die erforderliche Marktfläche mit Asphalt zu befestigen und aus Platzgründen sie auf ca. 400m² zu vergrößern, sodass Kunden und Beschicker auch bei Schlechtwetter ungehindert ihren Einkäufen bzw. Verkäufen nachgehen können.

Namens der ÖVP – Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, den

Antrag,

die zuständigen Ämter zu beauftragen, im Sinne der oben angeführten Ausführungen den Bauernmarkt Graz St. Peter zu verlegen und einen wetterfesten Untergrund der Marktfläche (= Asphaltierung) zu schaffen.

GR. Univ. Prof. Dr. Heinz HAMMER

17.02.2005

A N T R A G

Betr.: Mobilisierung von Partnern für Gesundheitsförderung

Es liegt im Aufgabenbereich des Gesundheitsamtes Schwerpunkte im Bereich der Gesundheitsförderung zu setzen, zu denen sich die Stadt Graz mit der Unterzeichnung der Gründungserklärung des Netzwerkes „Gesunde Stadt“ am 16. September 1992 bekannt hat, und es liegt in der politischen Verantwortung der Stadträtin für Gesundheit die Voraussetzungen für derartige Maßnahmen zu schaffen.

Ich habe im August 2004 der zuständigen Stadtsenatsreferentin, Frau Stadträtin Monogioudis, Vorschläge unterbreitet, welche das Vorsorgebewusstsein und die Verantwortung für den Erhalt der Gesundheit der Grazerinnen und Grazer stärken, sowie Selbsthilfegruppen fördern sollen. Für die Finanzierung dieser und anderer Aktionen und Schwerpunkte habe ich vorgeschlagen, Kontakt mit potentiellen Sponsoren aufzunehmen.

In der Gemeinderatssitzung vom 14. Oktober 2004 habe ich an die Frau Stadträtin die Frage gestellt, ob sie Gespräche mit potentiellen Sponsoren aufgenommen hat, und zu welchen Ergebnissen diese gekommen seien. Es wurde mir daraufhin mitgeteilt, dass derartige Gespräche nicht stattgefunden hätten, und dies damit begründet, dass einerseits kaum mit Interesse von Sponsoren zu rechnen sei, und andererseits die Gefahr einer Einflussnahme auf Inhalte der Veranstaltungen bestünde.

Ich habe damals, und tue dies noch immer, die Ansicht vertreten, dass beide Einwände nicht berechtigt sind, und habe dafür als Beispiel den im Oktober des Vorjahres veranstalteten Kulturmarathon genannt, der von 42 Sponsoren unterstützt worden war, die auch aus Bereichen der Wirtschaft kommen, welche kein unmittelbares wirtschaftliches Interesse mit dem Laufsport verbindet.

Ich muss in diesem Zusammenhang auf die Ziele des WHO Regionalkomitees für Europa hinweisen, die unter dem Titel „Gesundheit 21“ im Jahr 1998 verabschiedet wurden. Von der Weltgesundheitsorganisation wurde als „Europäisches Ziel 20“ eine Mobilisierung von Partnern für gesundheitliche Belange beschlossen.

Als „Gesunde Stadt“ sind wir zur Umsetzung dieses Beschlusses angehalten. Ich habe die Befürchtung, dass aufgrund einer ideologisch motivierten Ablehnung der Einbindung von privaten Sponsoren die Umsetzung von Aktionen und Schwerpunkten entsprechend der Ziele der Gründungserklärung des Netzwerkes „Gesunde Stadt“ sowie der WHO Beschlüsse gefährdet ist.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen, dass das Gesundheitsamt beauftragt wird, umgehend den Gemeinderat davon in Kenntnis zu setzen, wie der Beschluss des WHO Regionalkomitees für Europa, dass nämlich – so der Wortlaut dieses Beschlusses - „bis zum Jahr 2005 Allianzen und Partnerschaften gebildet werden sollen, die Einzelne und Gruppen sowie Organisationen aus allen Bereichen des öffentlichen und des privaten Sektors und nicht zuletzt die zivile Gesellschaft insgesamt in die Verfolgung gesundheitlicher Belange einbindet“, umgesetzt werden wird.

Betrifft: Erstellung eines Verkehrskonzeptes
für den Bezirk Mariatrost

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Edeltraud Meißlitzer
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 17. Februar 2004

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie ich bereits mehrmals in diesem Haus darauf hingewiesen habe, ist die Verkehrssituation im Bezirk Mariatrost überaus angespannt – dies nicht zuletzt auf Grund der enormen EinpendlerInnenströme. Zwar ist die wenig glückliche Idee eines Park & Ride-Projekts im Bereich der Tannhofsiedlung dank der mehrheitlichen Entscheidung vom Tisch, mittlerweile spricht der zuständige Verkehrsreferent bereits über Möglichkeiten einer Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 - was jedoch nach wie vor fehlt, ist ein Gesamtverkehrskonzept für diesen Bezirk. Und dies, obwohl durchaus interessante Vorschläge von engagierten Mariatroster AktivbürgerInnen am Tisch liegen.

Beispielsweise könnte – in einem auf 10 Jahre angelegten Mehrphasenplan –

1. kurzfristig (innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahre) die Buslinie 58 bis zum Sportplatz Fölling oder die Buslinie 39 verlängert und an der Endhaltestelle ein Park and Ride-Platz mit maximal 300 Stellplätzen errichtet werden; weiters wäre innerhalb dieser Frist die Variantensuche und Planung für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 bis zum Sportplatz möglich, während als „Soforthilfe“ eine Verbesserung der Intervalle der Postbuslinie in den von den PendlerInnen meistfrequentierten Zeiten in Zusammenhang mit der Errichtung von kleineren Park and Ride-Plätzen auf der Strecke von Weiz nach Graz möglich wäre; dazu müsste natürlich auch eine Durchfahrtsbeschränkung für den Schwerverkehr auf der Mariatrosterstraße erlassen werden.

2. Die mittelfristig, also innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre verwirklichtbaren Vorschläge:
 - a) Aufnahme von Verhandlungen (über das Land) mit Gemeinden entlang der Strecke Weiz-Graz zwecks Errichtung weiterer Park and Ride-Plätze
 - b) Detailplanung zur Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 sowie Beginn der Bauarbeiten
 - c) neue Tarif- und Zonengestaltung als Anreiz für PendlerInnen, vom Auto auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen
 - d) Optimierung der Fahrpläne von Postbus und Straßenbahn, sprich bessere Abstimmung der beiden Verkehrsträger aufeinander.

3. Die langfristigen Maßnahmen, die innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre realisiert werden könnten:
 - a) Errichtung eines attraktiven Umsteigezentrums an der neuen Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 1
 - b) und eventuell – bei Bedarf – die Detailplanung für einen teilweisen zweigleisigen Ausbau der verlängerten Straßenbahnlinie 1.

Dies sind, wie gesagt, Vorschläge von Mariatroster AktivbürgerInnen, die sich sehr wohl und sehr intensive Überlegungen in Sachen Verkehrslösung für den Bezirk machen. Und dies sind, wie ich meine, sehr gute und wohl durchdachte Ideen und Vorschläge. Ich will – im Sinne der Mariatrosterinnen und Mariatroster – nicht in Anlehnung an Honore de Balzac davon ausgehen, es an Ideen nicht fehlt, aber an Männern, sie auszuführen.

Daher stelle ich Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion

den Antrag,

die zuständigen Fachabteilungen des Magistrats mögen beauftragt werden, im Sinne des Motivenberichtes unter Einbeziehung der von Mariatroster Aktivbürgern gemachten Vorschläge ein Verkehrskonzept für den Bezirk Mariatrost zu entwickeln.

Gemeinsamer Antrag von ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grünen - ALG eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 17.2.2005 von Klubobfrau Sigi Binder

Betrifft: Förderunterricht

Das Ergebnis der letzten PISA - Studie löste in Österreich unterschiedlichste Reflexe aus. Die erste Meldung von Bildungsministerin Gehrler war – die ausländischen Kinder sind Schuld! Mit regionalen Unterschieden (Stmk - 7%, Wien - 43%) sind ca. 15% der gesamten SchülerInnenpopulation ausländische SchülerInnen. Viele der schwachen LeserInnen sind Kinder mit einer anderen Herkunftssprache, die sich schon seit etlichen Jahren in unserem Schulsystem befinden und immer noch größte Schwierigkeiten aufweisen. Leseschwache Kinder sind bekanntlich auch schwach in Mathematik und naturwissenschaftlichen Fächern.

Das Bildungsniveau und das Abschneiden bei internationalen Studien hängt wesentlich davon ab, wie Länder mit ihren schwächsten SchülerInnen umgehen. Und gerade in Österreich gibt es dahingehend enormen Handlungsbedarf. Sowohl, was die Erstellung neuer Konzepte zur Frühförderung bzw. der Förderung des muttersprachlichen Unterrichts, der zweisprachigen Alphabetisierung und Bilingualität betrifft, als auch im Hinblick auf die Einhaltung bereits bestehender Fördermaßnahmen im schulischen Bereich.

Die internationale Fachwelt ist sich einig darüber, dass eine sinnvolle Pädagogik in Einwanderungsländern auf drei Säulen beruht:

- Förderung der Landessprache
- Förderung der Erstsprache
- Interkulturelle Erziehung

Mit dem Lehrplan für Deutsch als Zweitsprache und für den muttersprachlichen Unterricht, sowie dem Unterrichtsprinzip "Interkulturelles Lernen" ist in den österreichischen, allgemein bildenden Pflichtschulen die Voraussetzung für die schulische Förderung geschaffen. Für die besondere Förderung in Deutsch sieht der Lehrplan maximal 12 Wochenstunden für außerordentliche SchülerInnen und 5 - 6 Stunden für ordentliche SchülerInnen vor. Der Berechnungsschlüssel für die dafür benötigten Personalressourcen und der notwendige Stundenpool wurden durch die gravierende Einsparungspolitik der letzten Jahren immer mehr eingeengt. Das bedeutet, dass die im Lehrplan festgehaltene Höchstzahl an Wochenstunden so gut wie nirgends mehr angeboten wird

Die Sparpolitik hat allgemein zu einer empfindlichen Einschränkung und Verschlechterung von Arbeitsbedingungen in den Schulen geführt. Dies drückt sich nun auch darin aus, dass nicht einmal mehr die ohnehin eingeschränkten Stunden für den Förderunterricht in

Deutsch für MigrantInnenkinder gehalten werden können. Da die dafür ausgebildeten LehrerInnen von den DirektorInnen oft zu kostenfreien Supplierungen eingeteilt werden, entfällt die notwendige Förderung.

Dass nun Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache schon im Vorschulalter gezielt die Zweitsprache Deutsch lernen sollen, damit später das Niveau in den Pflichtschulen gehoben werden kann, klingt im Zusammenhang mit dem Erwähnten zynisch.

Um einem Sparen an der Bildung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache entgegenzuwirken und damit auch österreichische Kinder zu fördern, stelle ich im Namen der obenerwähnten Fraktionen folgenden

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. der Gemeinderat der Stadt Graz steht positiv zu den auch in der Öffentlichkeit diskutierten Vorschlägen der Frühförderung, mahnt aber im besonderen die Einhaltung der bereits bestehenden Förderung im schulischen Bereich ein.
2. an die Landesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, über den Landesschulrat die InspektorInnen zu veranlassen, dass hinkünftig IKL-LehrerInnen nur mehr zu Supplierungen von IKL-Stunden herangezogen werden.

**Gemeinsamer Antrag an den Gemeinderat von KPÖ und Die Grünen-ALG,
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 17. 2. 2005
von Klubobfrau Sigi Binder**

Betrifft: Parkpflege

Den Medien war zu entnehmen, dass es in den vergangenen Tagen unter Ausschluss der interessierten Öffentlichkeit einen ExpertInnengipfel gegeben haben muss, der wesentliche Entscheidungen über die Zukunft des Grazer Stadtparks getroffen hat. Die Sachlage ist klar und auch von unserer Seite unbestritten. Ein Großteil des Baumbestandes der Stadtparkalleen ist schwer geschädigt und muss entfernt werden.

Nicht klar ist allerdings, welche Varianten und Möglichkeiten es für die Stadt Graz im Rahmen einer zeitgenössischer Parkpflege gibt. Die Meinungen der GartendenkmalpflegerInnen über Totalersatz oder behutsame Ergänzung gehen auseinander. Bildschutz und Substanzschutz in Einklang zu bringen ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, der wir uns in einer breiten Diskussion gerne stellen würden.

Darüber hinaus sind die anstehenden Veränderungen die beste Gelegenheit, das veraltete Parkpflegewerk der Stadt gründlich zu überdenken. Auch Parkpflege darf sich entwickeln.

Im Namen der Grünen – ALG stelle ich daher den

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. die zuständigen Stellen des Magistrat werden beauftragt, noch vor der Sommerpause des Gemeinderates eine öffentlich angelegte Diskussionsveranstaltung zu initiieren, in der unterschiedliche Formen zeitgenössischer Parkpflege dargelegt werden,
2. das Parkpflegewerk der Stadt Graz wird im Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse überarbeitet und novelliert.

An den
G E M E I N D E R A T
der Landeshauptstadt Graz

17.02.2005

Betrifft: Straßen- oder Platzbenennung nach Gerlind Herzig!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

2005 erinnert sich Österreich einer Vielzahl von Ereignissen, die für die Entwicklung unseres Landes seit 1945 Weichen stellend waren. Im Besonderen gilt es „60 Jahre 2. Republik“ bzw. das Ende des 2. Weltkrieges zu feiern.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass zum ersten Mal seit Kriegsende das Nachkriegsdeutschland den Mut aufbrachte zeitgleich den Opfern Mauthausens und der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten zu gedenken. Ohne in den Verdacht zu kommen in den Chor grölender Rechtsradikaler einzustimmen, ist es nach sechs Jahrzehnten nun scheinbar möglich öffentlich zu sagen, dass durch den Bombenkrieg der Alliierten gegen Ende des 2. Weltkrieges Hunderttausende völlig sinnlos ihr Leben lassen mussten.

Dr. Erwin Zankel schrieb unlängst im Zusammenhang mit den Erinnerungen an die Zerstörung Dresdens durch die Alliierten in seiner Kolumne: Zitat: *„Ein Vergleich oder gar ein Aufrechnen des millionenfachen Massenmordes an Juden mit dem Tod von Deutschen durch Zerstörung und Vertreibung ist nicht möglich, aber es sind die Stationen einer unheilvollen und unteilbaren Geschichte – im Konzentrationslager Mauthausen ebenso wie in der Schlacht um Wien oder der Bombardierung von Graz und Klagenfurt.“*(Ende Zitat)

60 Jahre nach Kriegsende sollten auch wir nicht nur den direkten Opfern des Nationalsozialismus, sondern auch den unzähligen Opfern sinnloser und systematischer Zerstörung durch die Alliierten gedenken.

Graz wurde gegen Kriegsende durch insgesamt vier schwere Angriffswellen der alliierten Bomberverbände schwer getroffen. Nicht nur erheblicher Sachschaden war die Folge, hunderte Grazerinnen und Grazer starben damals völlig unschuldig und sinnlos im Bombenhagel der letzten Kriegstage.

Am 1.11.1944 kam mitten in Graz in der Burggasse durch das Bombardement alliierter Luftstreitkräfte auch eine damals erst 23 Jahre junge Grazerin ums Leben.

Ihr Name war **Gerlind Herzig**, Angestellte von Beruf, und zum damaligen Zeitpunkt vermutlich voller Hoffnungen und Träume in eine bessere Zukunft. Wir können heute nicht sagen was jemals aus Frau Herzig geworden wäre, vielleicht eine berühmte

Dirigentin a la Nikolaus Harnoncourt, oder eine weltberühmte Komponistin deren Namen heute in einem Atemzug mit Robert Stolz genannt würde oder ein Filmstar wie die Grazerin Marisa Mell.

Wie oft trat dieser Gemeinderat seit Bestehen der 2.Republik bereits zusammen um BürgerInnen für ihre außerordentlichen Leistungen zu ehren? Sei es dadurch, dass sie zu Ehrenbürger dieser Stadt ernannt wurden oder gar den Ehrenring dieser Stadt überreicht bekommen haben. Viele Strassen, Plätze und Einrichtungen erinnern durch ihre Namen an Personen die sich durch besondere Leistungen zum Teil in aller Welt hervorgetan haben und deren Wurzeln in dieser Stadt zu finden sind. Gerlind Herzig war gebürtige Grazerin und hatte so wie Hunderte weitere Opfer von damals nie die Chance in die Annalen dieser unserer Stadt einzugehen. Lediglich eine Verewigung im Sterbebuch der Stadt Graz erinnert an ihr trauriges Schicksal. Sind wir es nicht auch diesen Opfern des 2.Weltkrieges schuldig ihrer zu gedenken?

Stellvertretend für alle jene Grazerinnen und Grazer die durch die sinnlose Bombardierung von Graz in den Tagen **1.11.1944**, **1.12.1944**, **19.2.1945** und **2.4.1945** ums Leben gekommen sind, stelle ich den

Antrag

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge eine öffentliche Strasse oder einen öffentlichen Platz nach Gerlind Herzig benennen. Darüber hinaus soll in jener Strasse oder an jenem Platz eine Gedenktafel durch die Stadt Graz errichtet werden, welche sämtliche den Unterlagen nach bekannte Namen jener Personen trägt, die an diesen vier Tagen in Graz durch die Bombenangriffe der Alliierten ums Leben gekommen sind und somit an die Sinnlosigkeit dieser Luftangriffe in den letzten Kriegstagen erinnert.